

Generalversammlung vom 14. November 2018, Traktandum 9 Resolutionen

Der Nationalrat muss in der Wintersession den Weg frei machen für mehr bezahlbare Wohnungen

Die Mieten sind der grösste Ausgabeposten in einem Haushalt. Steigende - statt fallende - Mieten sind gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich schädlich und inakzeptabel. Trotz wiederholter Ankündigungen sinken die Mieten nicht.

Es braucht in der Schweiz mehr Wohnungen von gemeinnützigen Wohnbauträgern (Wohnbaugenossenschaften, öffentliche Hand), die der Kostenmiete verpflichtet sind und nicht der Renditeorientierung. Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» setzt dort an, wo es konkrete Lösungen braucht: Beim verfügbaren Bauland für den gemeinnützigen Wohnbau und bei der Ausweitung gemeinnütziger Wohnbauträger, insbesondere Wohnbaugenossenschaften. Sie will zudem die steigenden Mieten nach Sanierungen in den Griff bekommen. Die Bundesverfassung, Art. 41 verlangt in Abs. 1, e. dass „Wohnungssuchende für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können“. Art. 108 BV verlangt konkret die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Der Mieterverband verlangt, dass dieser doppelte Verfassungsauftrag respektiert und umgesetzt wird. Heute ist die einzige Fördermassnahme der Fonds de Roulement (Rückzahlbare Darlehen an die Wohnbaugenossenschaften). Da diese in den letzten Jahren ohne Ausfälle und mit Zinsen zurückgezahlt wurden, hat die Bundeskasse damit sogar Einnahmen gemacht. Das Hauptinstrument des Wohnraumförderungsgesetzes von 2003, nämlich Darlehen zur Förderung preisgünstiger Mietwohnungen, wurde in anderthalb Jahrzehnten noch kein einziges Mal genutzt. Da der Bund und die meisten Kantone ihre Verantwortung zu wenig wahrnehmen, braucht es jetzt einen umfassenderen Auftrag in der Bundesverfassung. Genau das bringt die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen.»

Der Mieterinnen- und Mieterverband verlangt von den politischen Behörden:

- Der Nationalrat darf in der Wintersession 2018 nicht weiter die Augen vor den realen Problemen von Mieterinnen und Mieter auf dem Wohnungsmarkt verschliessen.
- National- und Ständerat sind aufgefordert, die notwendige und sinnvolle Wohninitiative «*Mehr bezahlbare Wohnungen*» zu unterstützen.
- Der Nationalrat soll das bewährte Instrument der Darlehen an Wohnbaugenossenschaften (Fonds de Roulement) für den gemeinnützigen Wohnungsbau verstärken. Der Städteverband fordert eine stärkere Erhöhung, als die vom Bundesrat vorgeschlagenen 250 Millionen. Die Wohnbaugenossenschaften und eine Minderheit der Finanzkommission des Nationalrates fordern eine Erhöhung der Kredits auf 375 Millionen.